



# Newsletter September 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der Sommerpause fängt jetzt die eigentliche Arbeit in der Oppositionsarbeit in Düsseldorf an.

In der letzten Woche haben wir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Armin Laschet im Landtag gehört. Ich fand sie sehr allgemein. Vor allem im sozialen Bereich hätte ich mir mehr konkrete Aussagen erhofft. Anstatt dessen gab der Ministerpräsident allgemeine Floskeln von sich – wir wollen mehr Maß und Mitte - die keine Konkretisierung des Regierungshandelns bedeuteten.

Im Gegenteil: die sogenannte Regierungserklärung war eine schlichte Nacherzählung des Koalitionsvertrags und eine endlose Belehrung über die Aufgaben der einzelnen Ministerien. Konkrete Regierungsarbeit? Fehlanzeige!

Besonders schlimm fand ich auch die Tatsache, dass in der Sprache von Armin Laschet – genau wie in seinem Kabinett – Frauen kaum einen Platz haben. Abseits jeder leidigen Geschlechterdiskussion gebietet es doch wenigstens die Höflichkeit, der Existenz von über der Hälfte der Bevölkerung wenigstens stellenweise auch sprachlich Rechnung zu tragen.

Ich selbst habe mich in dieser Woche besonders über die Fragestunde mit NRW-Landwirtschaftsministerin Schulz Föcking geärgert. Die Ministerin trägt selbst nichts zur Aufklärung der Tierschutz-Affäre in ihrem Schweinemastbetrieb bei, sondern versteckt sich hinter dem Bericht ihres Ministeriums. Sie verschleierte die Einkommens- und Eigentumsverhältnisse in dem Familienbetrieb Schulze Föcking, sie schweigt zu konkreten Vorwürfen und findet weiterhin kein Wort der Entschuldigung für die Qualen, die ihre Tiere erleiden mussten. Nicht nur, dass Herr Laschet bereits seinen Medienminister aufgrund von persönlichen, wirtschaftlichen Verstrickungen entmachten musste. Auch seine Umwelt- und Landwirtschaftsministerin ist durch erhebliche private Interessen in ihrer Position angreifbar. Kein Regierungsmitglied sollte in seinem Ressort Wächter und Entscheidungsträger über seine eigenen Wirtschaftsinteressen sein. Das ist bei Frau Schulze Föcking aber ganz offensichtlich der Fall und das werden wir als Opposition auch weiterhin anprangern.

Über viele weitere Themen aus dem Düsseldorfer Landtag berichte ich im heutigen Newsletter. Ich wünsche eine angenehme und informative Lektüre!

Herzliche Grüße

Annette Watermann-Krass

## Inhalt

<b>Haushaltsschulden</b>	<b>S. 2</b>
<b>Kitagebühren</b>	<b>S. 2</b>
<b>Verbraucherschutz</b>	<b>S. 2</b>
<b>Demokratiefördergesetz</b>	<b>S. 3</b>
<b>Teilzeitbeschäftigung</b>	<b>S. 3</b>
<b>Ehe für Alle</b>	<b>S. 4</b>
<b>Steuern</b>	<b>S. 4</b>
<b>Dieselfahrverbot</b>	<b>S. 5</b>
<b>Besoldung von Lehrkräften</b>	<b>S. 5</b>
<b>Hebammen gesucht</b>	<b>S. 5</b>
<b>Regierungserklärung</b>	<b>S. 6</b>
<b>Wahlkampf</b>	<b>S. 6</b>

## Enttäuschend: Landesregierung macht neue Haushaltsschulden

„Der Entwurf eines Nachtragshaushalts 2017 der neuen Landesregierung ist in der Summe eine Enttäuschung. Statt der vollumfänglich angekündigten Wende in der Finanzpolitik und dem Abbau von Schulden, werden trotz einer mehr als positiven Bilanz der Vorgängerregierung 1,55 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Dabei schlägt die Rückzahlung eines Darlehens an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit 885 Millionen Euro am meisten zu Buche. Hier schafft sich der neue Finanzminister ein Polster für die nächsten Jahre.“

Die Krankenhausfinanzierung belastet die Kommunen mit 100 Millionen Euro und im Regierungsapparat schaffen sich Latsch & Co. erstmalig 139 neue Stellen sowie einen kostspieligen Umzug für 800 000 Euro. Die positiven Ansätze, wie die zusätzlichen Einstellungen bei der Polizei, sind keine Innovationen von Schwarz-Gelb, sondern Ideenklau aus dem SPD-Wahlprogramm“, erklärte Annette Watermann-Krass zur Haushaltspolitik der Landesregierung.

Hier geht es zum Nachtragshaushalt:

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-538.pdf>

## Ungerecht: SPD fordert Befreiung von Kita-Gebühren für Familien



Kita-Gebühren stellen eine enorme finanzielle Belastung für Familien dar. In kaum einem anderen Bildungsbereich ist der Anteil der privaten Ausgaben so hoch wie in der frühkindlichen Bildung. Die SPD-Fraktion will Familien von diesen sozial ungerechten Abgaben befreien. Während die SPD in NRW Kita-Gebühren auch durch zusätzliche Landesmittel abschaffen will, verweisen CDU und FDP auf den Bund. Nur wenn dieser zusätzliche Mittel bereitstellt, würde auch Schwarz-Gelb in NRW aktiv. Jedoch wird dieses Ziel auf Bundesebene weder von der CDU noch der FDP verfolgt. Einzig die SPD will Familien durch gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschul- beziehungsweise Meisterabschluss entlasten.

Die SPD fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund für zusätzliche Mittel einzusetzen, um gebührenfreie frühkindliche Bildung zu ermöglichen und Eltern finanziell zu entlasten. Zudem sollten die finanziellen Möglichkeiten NRWs genutzt und zeitnah ein Gesetz für gebührenfreie frühkindliche Bildung vorgelegt werden.

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-507.pdf>

## Im Krisenfall: Landesregierung muss Verbraucher besser informieren

Der Fipronil-Eierskandal zeigt erneut, wie anfällig die Lebensmittelproduktion für nicht sachgemäßes und rechtmäßiges Handeln ist. Es genügt ein krimineller Eingriff und die gesamte Kette der heutigen Lebensmittelproduktion gerät durcheinander.

Die ersten Leidtragenden sind meist die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zugleich haben diese derzeit nur wenige Möglichkeiten, um Herkunft und Qualität der Lebensmittelbestandteile zu prüfen.

„Wir von der SPD-Fraktion fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Ei enthalten, die Haltungsform der Legehennen aufgeführt werden muss. Wir fordern insbesondere, dass in einem künftigen Krisenfall Bundesbehörden und Landesbehörden zu verständlichen, einheitlichen und aktuellen Handlungsempfehlungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher kommen“, erklärt Annette Watermann-Krass.

Der Antrag der SPD-Fraktion:

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-509.pdf>

Zum Antrag: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-508.pdf>

## **Vorbeugend: Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz!**

„Wir wollen verhindern, dass sich Menschen radikalisieren und unserer freien und offenen Gesellschaft feindlich gegenüberstehen. Deswegen wollen wir Demokratie, Toleranz und Respekt nachhaltig fördern und Extremismus frühzeitig vorbeugen. Erst eine wehrhafte Demokratie und ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt schaffen soziale und öffentliche Sicherheit. Die SPD-Fraktion misst der Ausweitung der Präventionsarbeit weiterhin hohe Priorität in Landes- und Bundespolitik zu. Sie wehrt sich gegen die Blockade der Union im Bund und der dazu schweigenden Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb in NRW. Wir haben deshalb einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht“, berichtet die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.

Zum Antrag: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-508.pdf>

## **Gefordert: Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung schaffen!**

Teilzeitarbeit bietet Beschäftigten die Möglichkeit, Erwerbsarbeit, Familie und andere Alltagsaktivitäten miteinander in Einklang zu bringen. Sie kann außerdem dazu beitragen, dem Bedürfnis nach mehr Flexibilität sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Arbeitgebern Rechnung zu tragen.

Fakt ist aber, dass einer Teilzeitbeschäftigung vorrangig Frauen nachgehen, denn beinahe 80 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Problematisch ist, dass viele Frauen in der so genannten „Teilzeitfalle“ stecken bleiben. Sie haben häufig keine Chancen – etwa nach einer familiären Auszeit – wieder auf einen Vollzeitjob zurückzukehren. Die Folgen für die Frauen können gravierend sein, denn durch die Teilzeittätigkeit sind ihre Karriere- und Aufstiegschancen oft eingeschränkt. Durch die häufig schlechtere Entlohnung droht zudem das Risiko von Altersarmut. Studien belegen, dass unbefristete Teilzeitbeschäftigte gerne mehr arbeiten würden, aber in der Praxis ihre Arbeitszeit nicht erhöhen können oder keinen Vollzeitjob finden.

Durch eine gesetzliche Regelung wollte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein verbindliches Rückkehrrecht von unbefristeter Teilzeit- zu Vollzeitbeschäftigung verankern. Die Verhandlungen sind jedoch am Widerstand von CDU/CSU und Arbeitgebern gescheitert.

„Für mich ist klar, dass es zwingend einer gesetzlichen Lösung des Problems im Sinne der Betroffenen bedarf. Die Landesregierung darf sich hierbei ihrer Verantwortung nicht entziehen“, so die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass. Deswegen fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, sich konsequent auf Bundesebene für die Schaffung eines gesetzlichen Rückkehrrechts einzusetzen.

Zum Weiterlesen:

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-504.pdf>

## **Bekennnis: Umsetzung der Ehe für Alle sicherstellen!**

Der 30. Juni 2017 war aus familien- und gleichstellungspolitischer Sicht ein Tag von historischer Bedeutung. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare erhält den rechtlichen Status, den sie schon längst verdient hat und wird somit Realität in Deutschland. Das ist ein großer Erfolg jahrelanger SPD-Arbeit auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.



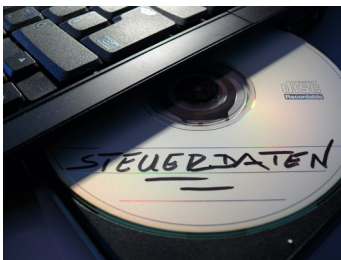
Das Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare tritt im kommenden Oktober in Kraft. Vor dem Hintergrund der Zerrissenheit innerhalb der Landesregierung fordert die SPD-Fraktion eine klare Positionierung der neuen Regierung, sowie eine Unterstützung der Kommunen, damit die Umsetzung vor Ort reibungslos erfolgen kann. Da darf weder ein Softwareproblem als Ausrede für das Aufschieben der Umsetzung herhalten, noch dürfen Umwandlungen eingetragener Lebenspartnerschaften für unnötige Gebühren sorgen.

Annette Watermann-Krass fasst die Situation zusammen: „Die gesellschaftliche Aufgeschlossenheit und Akzeptanz alternativer Familienformen ist in der Bevölkerung schon längst vorhanden. Jetzt muss auch ein gemeinsames Bekenntnis der Landesregierung folgen. Nur so kann die Umsetzung der Ehe für alle gelingen.“

Zum Antrag der SPD-Fraktion

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-506.pdf>

## **Richtig: Steuer-Kurs von Norbert Walter Borjans beibehalten**



„Weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus hat sich der ehemalige NRW- Finanzminister Norbert Walter-Borjans einen Namen im Kampf gegen Steuerbetrug und – missbrauch gemacht. Galten Steuervergehen bis vor wenigen Jahren noch als Kavaliersdelikt, ist man heute über die Parteigrenzen einig, dass solche Praktiken dem Gemeinwohl schaden. So haben wir bisher für mehr Gerechtigkeit gesorgt“, erklärt Annette Watermann-Krass.

Deshalb hat die SPD-Fraktion mit Wohlwollen die Äußerungen des neuen Finanzministers vernommen, welcher auch in Zukunft Steuer CDs ankaufen will, um Steuer-Betrügern das Handwerk zu legen.

„Wir wollen Schwarz-Gelb mit dem Antrag dazu auffordern, sich klar zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und –betrug zu bekennen. Die neue Landesregierung wollen wir dabei unterstützen, wenn sie die finanziellen und personellen Ressourcen verstärken wird“, so Watermann-Krass weiter.

Untrennbar mit dieser Arbeit ist das Finanzamt für Steuerstrafsachen in Wuppertal verbunden. Von hier aus wurden in die Geschäfte von Banken rund um Cum-Ex und Cum-Cum aufgedeckt und verfolgt. Diese dort bewährten Strukturen gilt es zu stärken und zu erhalten.

Zum Weiterlesen: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-515.pdf>

## **Auf Abwegen: CDU und FDP steuern mit Vollgas ins Diesel-Fahrverbot!**



Es handelt sich nicht um eine in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Dieselkrise, sondern vielmehr um einen Abgasskandal. Denn die Dieseltechnik ist ausgereift, effizient und bewährt. Sie ist bei konsequenter und verantwortungsvoller Anwendung der technischen Möglichkeiten umweltpolitisch vertretbar.

CDU und FDP steuern allerdings mit Vollgas in die drohenden Diesel-Fahrverbote, da sie einerseits oberflächlich den Abgasbetrug der Autoindustrie beklagen, andererseits aber die wirklich wirksamen Nachrüstungen der Bestandsflotte der Diesel-Pkws ablehnen. Eine solche Politik schützt die Automobilindustrie und ist gegen die Interessen der betroffenen und betrogenen Autokäufer.

Die SPD-Fraktion fordert aus umwelt- und verbraucherpolitischen Gründen die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung endlich für wirksame Maßnahmen jenseits des „Dieselgipfels“ einzusetzen.

Hier zum Nachlesen der Antrag

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-513.pdf>

## **Gerecht: Besoldung der Lehrkräfte muss auf den Prüfstand!**

Seit 2009 durchlaufen alle Lehramtsanwärter die gleiche Ausbildung. Dies ist Ausgangspunkt für die Forderung nach einer gleichen Besoldung. Doch die Ungerechtigkeit bei der Besoldung ist nur ein Teil des Problems. Das Land kann und muss die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Lehrer so ausgestalten, dass daraus ein zukunftsfähiges Konzept entsteht. Themen dabei sind unter anderem Unterrichtsversorgung, Ganztagschulen und kleine Schulstandorte. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, die Vorkehrungen für eine Anpassung der Besoldung vorzunehmen, dabei auch die Unterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften sowie die Arbeitszeiten in den Blick zu nehmen.

Weitere Informationen:

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-516.pdf>

## **In Not: Hebammen verzweifelt gesucht**

Mit einem Antrag der Grünen-Fraktion wurde ein hoch brisantes Thema in den Landtag getragen: Es ist schwierig für werdende Mütter geworden, eine Hebamme für die Zeit vor, während und nach der Geburt zu finden.

Viele kleine Geburtsstationen werden geschlossen, Kreißsäle sind überfüllt und aufgrund immens gestiegener Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung müssen viele Hebammen die Geburtshilfe aufgeben.

„Deshalb haben wir während der rot-grünen Regierungszeit bereits einen Runden Tisch zur Geburtshilfe eingerichtet, der konkrete und sinnvolle Handlungsempfehlungen erarbeitet hat. Außerdem werden in einem aktuellen Forschungsvorhaben bereits die Daten zur „Geburtshilflichen Versorgung durch Hebammen in Nordrhein-Westfalen“ erhoben. Aber all das darf durch den Regierungswechsel nicht ins Stocken geraten. Jetzt ist es wichtig, dass die Ergebnisse des Runden Tisches umgesetzt und politisch weiterentwickelt werden“, erläutert Annette Watermann-Krass.

„Wir fordern für alle Frauen, dass die Wahlmöglichkeit hinsichtlich Art und Ort der Geburt erhalten bleiben muss! Außerdem muss natürlich für jede Mutter, neben der Entbindung, auch bei der Vor- und Nachsorge eine Hebamme zur Verfügung stehen. Ohne die flächendeckende Versorgung durch Hebammen ist das nicht zu gewährleisten. Daher unterstützen wir die Hebammen in ihren Bemühungen, auf Bundesebene eine kostendeckende Vergütung durchzusetzen. Das ist eine zwingende Voraussetzung zur Abdeckung des Berufshaftpflichttrisikos. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Hebammenverbandes nach Einrichtung eines Haftpflichtfonds zur Reduzierung der Beitragsrisiken. Ich sehe vor allem NRW-Gesundheitsminister Laumann in der Pflicht, dieses auf der Landes- und Bundesebene umzusetzen,“ so Watermann-Krass weiter.

## **Regierungserklärung nur Mittelmaß – Schwarz-Gelb ohne Glanz**

Die Regierungserklärung von Armin Laschet war eine sehr große Enttäuschung. Sie war eine Mischung aus Allgemeinplätzen und einer Übersetzung des wenig ambitionierten Koalitionsvertrags in wenig ambitionierte Regierungsprosa. Armin Laschet ist als strahlender Sieger und mit fulminantem Anspruch gestartet. Jetzt ist die heiße Luft raus und er hat sich in das Klein-Klein des Koalitionsvertrags verirrt.

Die Sorgen der Menschen hat er nicht im Blick. Kein Wort zur dramatischen Situation bei ThyssenKrupp, wo die Stahlkocher und ihre Familien um Arbeitsplätze und ihre Existenz bangen. Zur Sozialpolitik und zur sozialen Gerechtigkeit in NRW fällt ihm gar nichts ein. Wirtschaftspolitik besteht bei ihm im Wesentlichen aus dem Aushöhlen der Rechte von Arbeitnehmern und Verbrauchern.

Hinzu kommt ein eklatanter Mangel an Anstand, der sich bei der Besetzung der Ministerposten offenbart. Sowohl bei dem Verleger Stephan Holthoff-Pförtner als auch bei Landwirtin Christina Schulze Föcking liegt eine offenkundige Interessenkollision mit ihren privaten Besitz- und Finanzverhältnissen vor. So etwas gehört sich einfach nicht.

Laschets Regierung entpuppt sich als eine schwarz-gelbe Koalition alten Musters, verhaftet im ewigen Neoliberalismus – hier gibt es keinen Fortschritt, keine Modernität, keine klugen Lösungen, aber auch keine menschliche Wärme. Das selbst gewählte Motto von Laschets Politik „Maß und Mitte“, ergibt so gesehen tatsächlich Sinn. Es zeugt von Stillstand und Behäbigkeit im Denken. „Mittelmaß und Stillstand“ wäre als Leitbild vielleicht noch passender gewesen.

### **Auf der Zielgeraden: Wahlkampf 2017**

Kurz vor der Bundestagswahl verändert sich die Stimmung im Land zugunsten der SPD. Unter tatkräftiger Unterstützung der Ortsvereine im Kreis Warendorf geht es für Bernhard Daldrup, MdB diese Woche in den Endspurt. Bei Infoständen und zahlreichen Hausbesuchen werden noch einmal alle Kräfte mobilisiert. Das Team rund um Bernhard Daldrup ist seit Wochen unterwegs. Von Tür zu Tür und früh morgens an den Bahnhöfen Warendorfs stehen sie bereit, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und mit Inhalten zu überzeugen.

So kurz vor der Wahl ist eines sicher:

Die Wahl ist noch nicht vorbei. Wir haben noch alle Chancen!

### **Neuzugang: Verstärkung im Wahlkreisbüro Ahlen**

Neben meinen Mitarbeitern Ergül Aydemir und Florian Westerwalbesloh unterstützt mich seit Anfang September Jan Paul Theißen. Der Münsteraner Student konnte bisher Erfahrungen bei Bernhard Daldrup sammeln und ist nun in meinem Wahlkreisbüro in Ahlen aktiv. Mit Melanie Kuschmiersz in Düsseldorf sind wir als starkes Team bis Ende dieses Jahr sehr gut aufgestellt.



*Jan Paul Theißen & Annette Watermann-Krass*

### **Fotonachweis:**

Kita: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Ehe für Alle: NRW SPD

Steuerdaten: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Zapfhahn: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)